

Befragung im INSA-Meinungstrend im Auftrag des Deutschen Instituts für Altersvorsorge

September 2018



Feldzeit:

21.09. – 24.09.2018

Methodik:

Die Umfrage wurde als Online-Befragung durchgeführt.

Stichprobe:

2.051 Personen aus ganz Deutschland ab 18 Jahren nahmen an der Befragung teil.

Frage 1:

In der Gesetzlichen Rentenversicherung erhält jeder Versicherte - unabhängig von Einkommen, Bildung oder Vermögen - für jeden eingezahlten Euro den gleichen Anspruch an monatlicher Rente. Das bedeutet, dass Personen mit höherem Arbeitseinkommen in der Regel eine höhere Rente erhalten als Personen mit niedrigerem Arbeitseinkommen. Dieses auch als Äquivalenzprinzip bezeichnete Verfahren wird seit einiger Zeit in der Öffentlichkeit und unter manchen Wissenschaftlern zumindest teilweise in Frage gestellt.

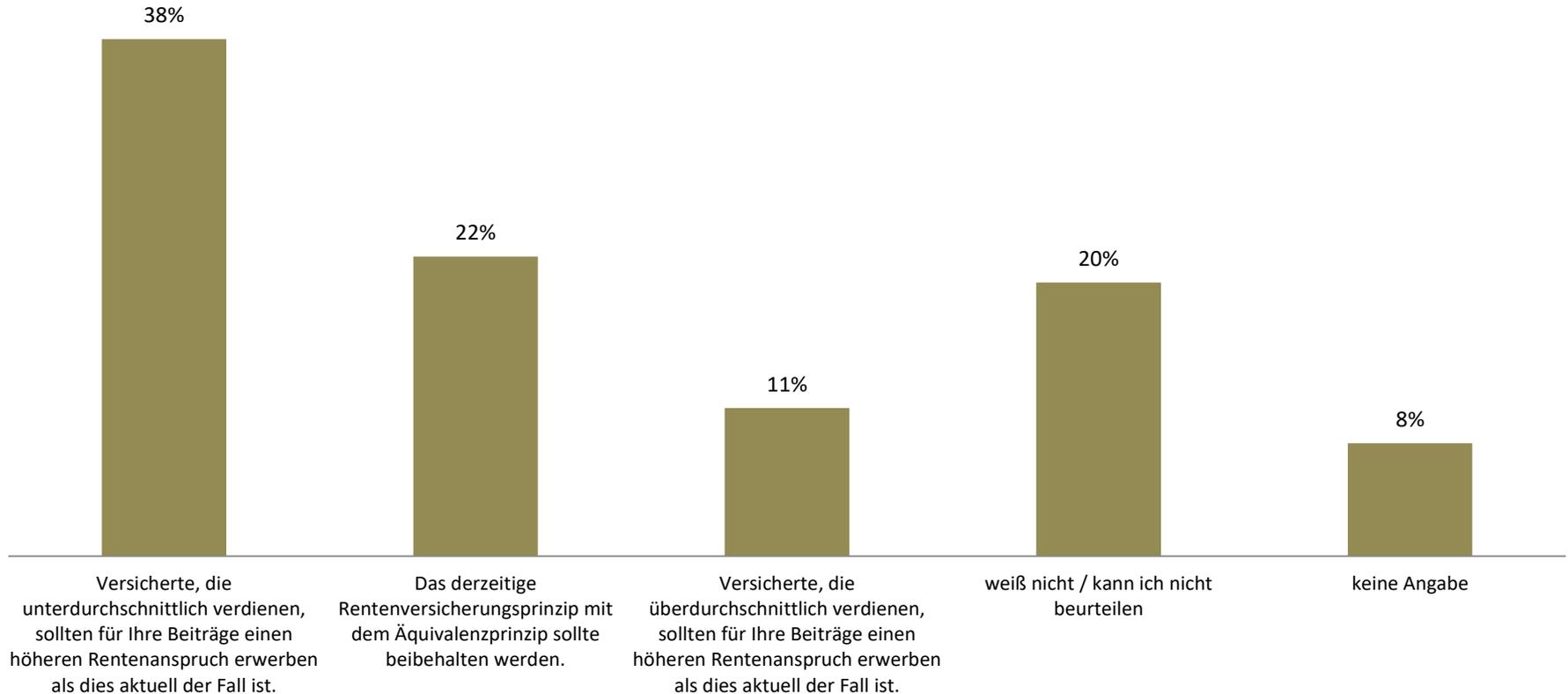
Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie am ehesten zu?

Frage 2:

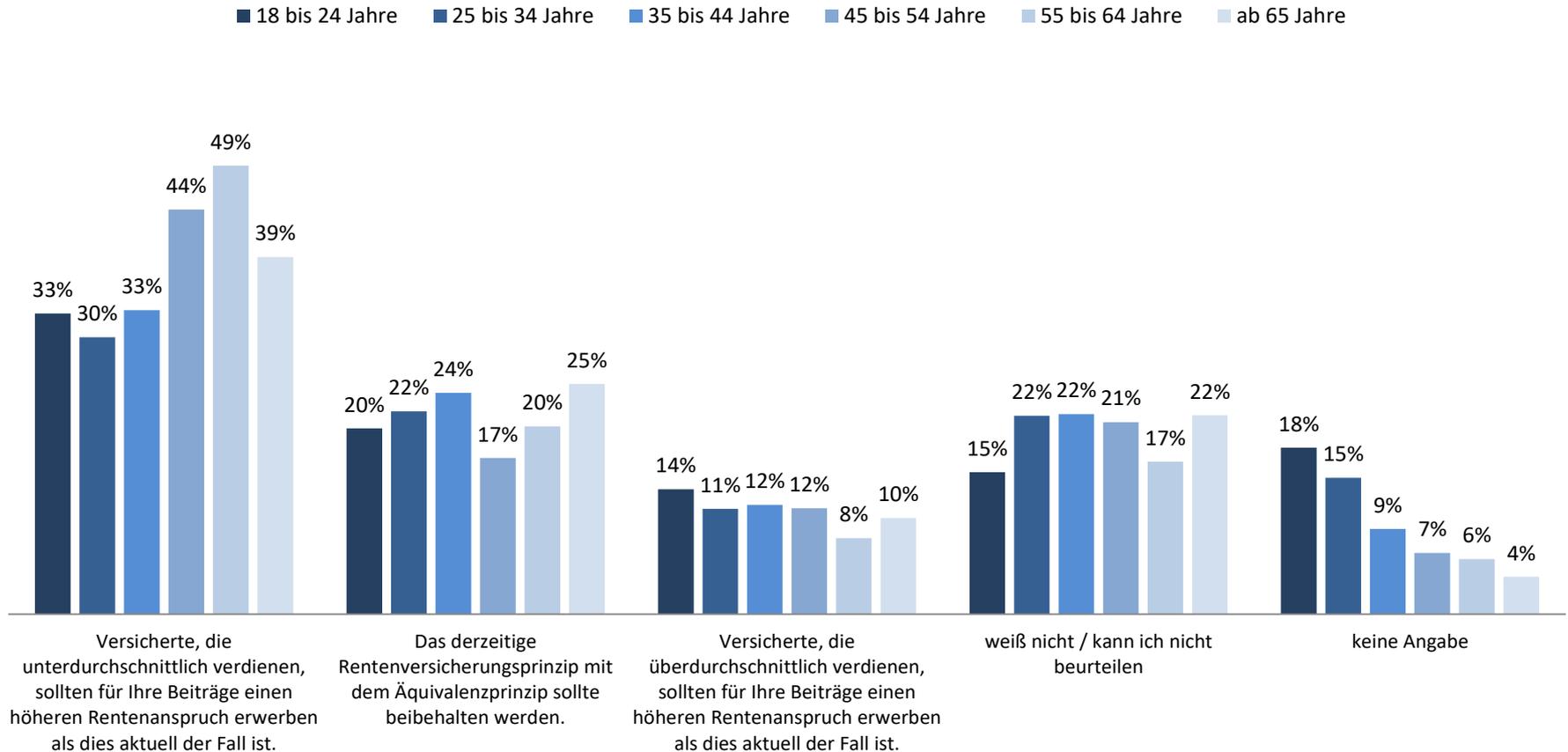
Außerdem gibt es den Vorschlag einer Mindestrente. Dabei würde unabhängig von den geleisteten Beiträgen eine Untergrenze gelten, die Versicherten, deren Renteneinkommen im Alter unter dem Existenzsicherungsniveau liegt, eine Mindestabsicherung gewährleistet. Eine solche Mindestabsicherung würde das Einkommen dieser Personen auf die Höhe des Existenzsicherungsniveaus anheben.

Aktuell gibt es die Grundsicherung im Alter, die als Sozialleistung bei den jeweiligen Trägern der Sozialhilfe beantragt werden muss. Bei Einführung einer Mindestrente wäre die Grundsicherung (durch die Träger der Sozialhilfe) für betroffene Beitragszahler hinfällig.

Wie stehen Sie zu dieser Forderung?



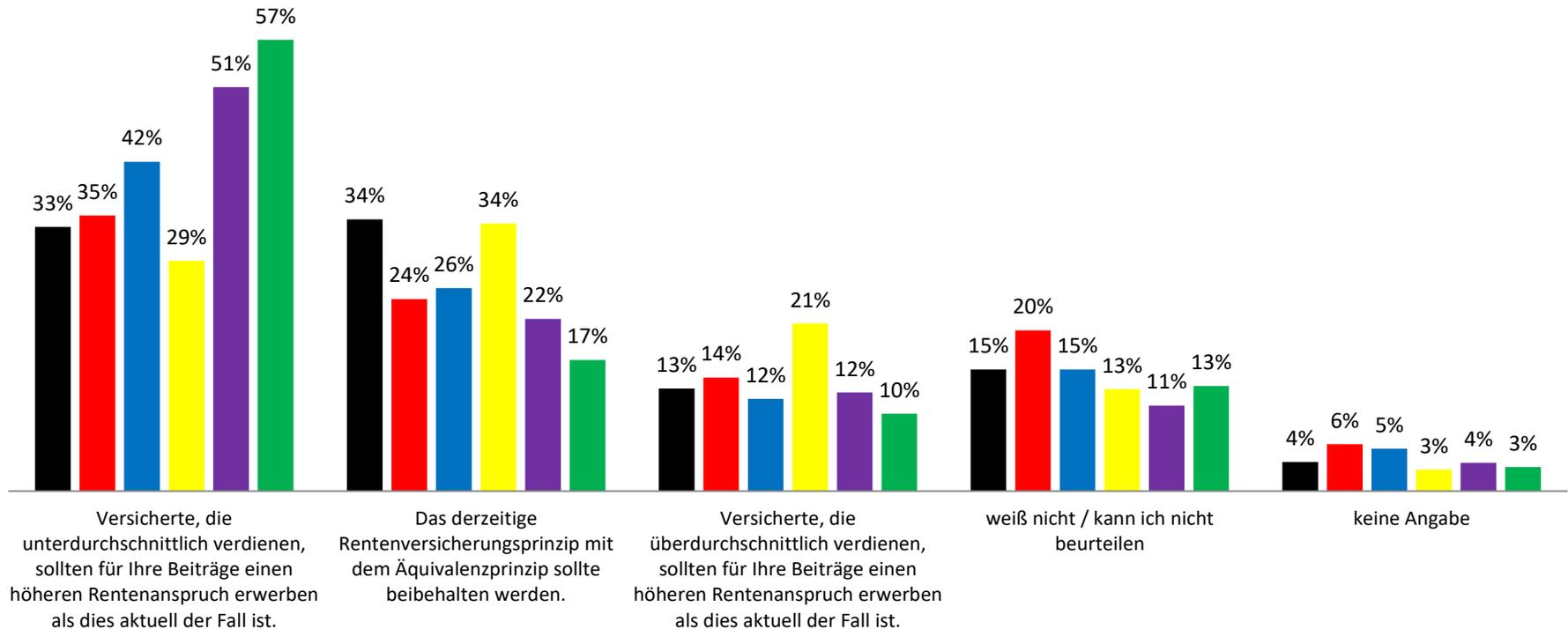
Insgesamt 38 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Versicherte, die unterdurchschnittlich verdienen, für Ihre Beiträge einen höheren Rentenanspruch erwerben sollten. Elf Prozent meinen dies bezüglich Versicherten, die überdurchschnittlich verdienen. 22 Prozent sind für die Beibehaltung des Äquivalenzprinzips. Insgesamt ein Fünftel (20 %) gibt an, dass sie nicht wissen, welcher Aussage sie am ehesten zustimmen bzw. können dies nicht beurteilen.



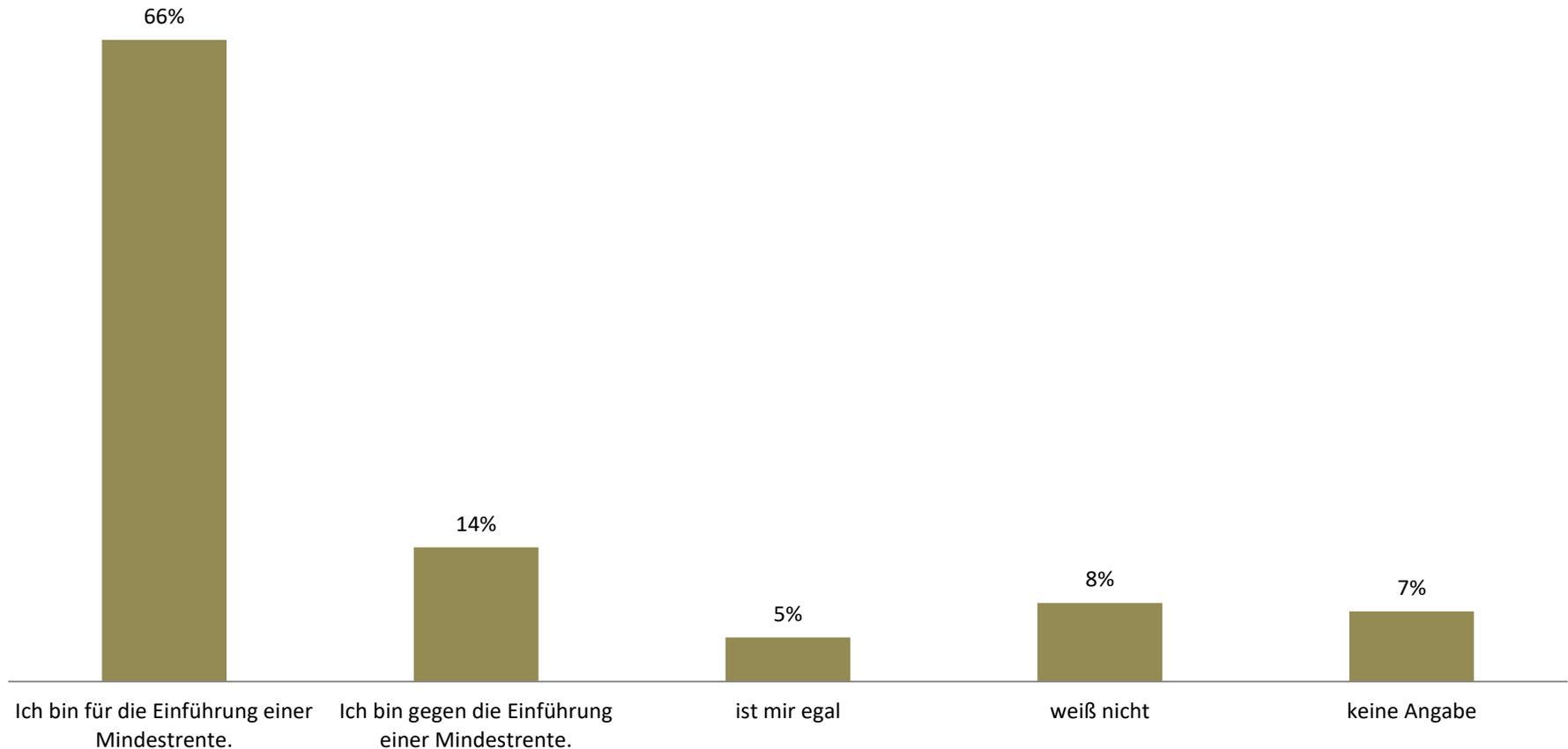
Betrachtet man diese Frage nach dem Alter, zeigt sich, dass eher ältere Befragte dafür sind, dass der Rentenanspruch für unterdurchschnittlich verdienende Versicherte höher werden sollte. Am häufigsten geben dies die 55- bis 64-Jährigen an (49 %). Je jünger die Befragten, desto häufiger machen sie zu dieser Frage überhaupt keine Angabe.

Frage 1: Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie am ehesten zu?

■ CDU/CSU ■ SPD ■ AfD ■ FDP ■ Die Linke ■ Bündnis 90/Die Grünen

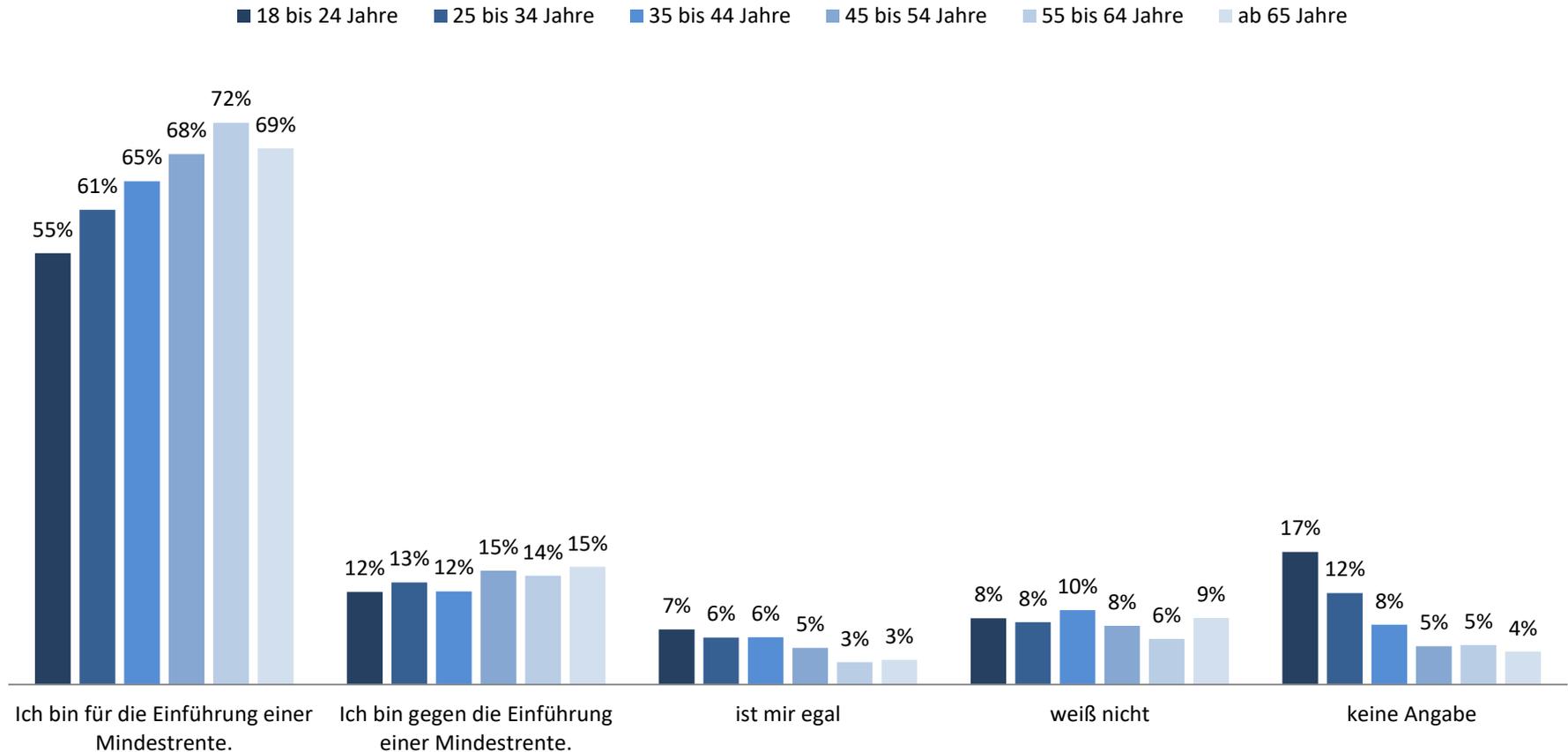


Mehrheitlich dafür, dass Versicherte, die unterdurchschnittlich verdienen, mehr für ihre Rentenbeiträge erhalten, sind die befragten Wähler der Grünen (57 %) sowie der Linken (51 %). Am dritthäufigsten dieser Meinung sind die Wähler der AfD (42 %). Auch unter den Wählern der SPD ist diese Meinung am stärksten vertreten (35 %). Bei den Befragten Union-Wählern überwiegt mit einem Prozentpunkt die Meinung, dass das derzeitige Äquivalenzprinzip beibehalten werden sollte (34 %, zu 33 % Erhöhung für unterdurchschnittlich Verdienende). 34 Prozent der FDP-Wähler sind für die Beibehaltung des Äquivalenzprinzips. Während 29 Prozent dieser Wählergruppe dafür sind, dass unterdurchschnittlich verdienende Versicherte mehr Rentenanspruch für ihre Beiträge erhalten, sind 21 Prozent der Meinung, dass dies auf überdurchschnittlich verdienende Versicherte zutreffen sollte.



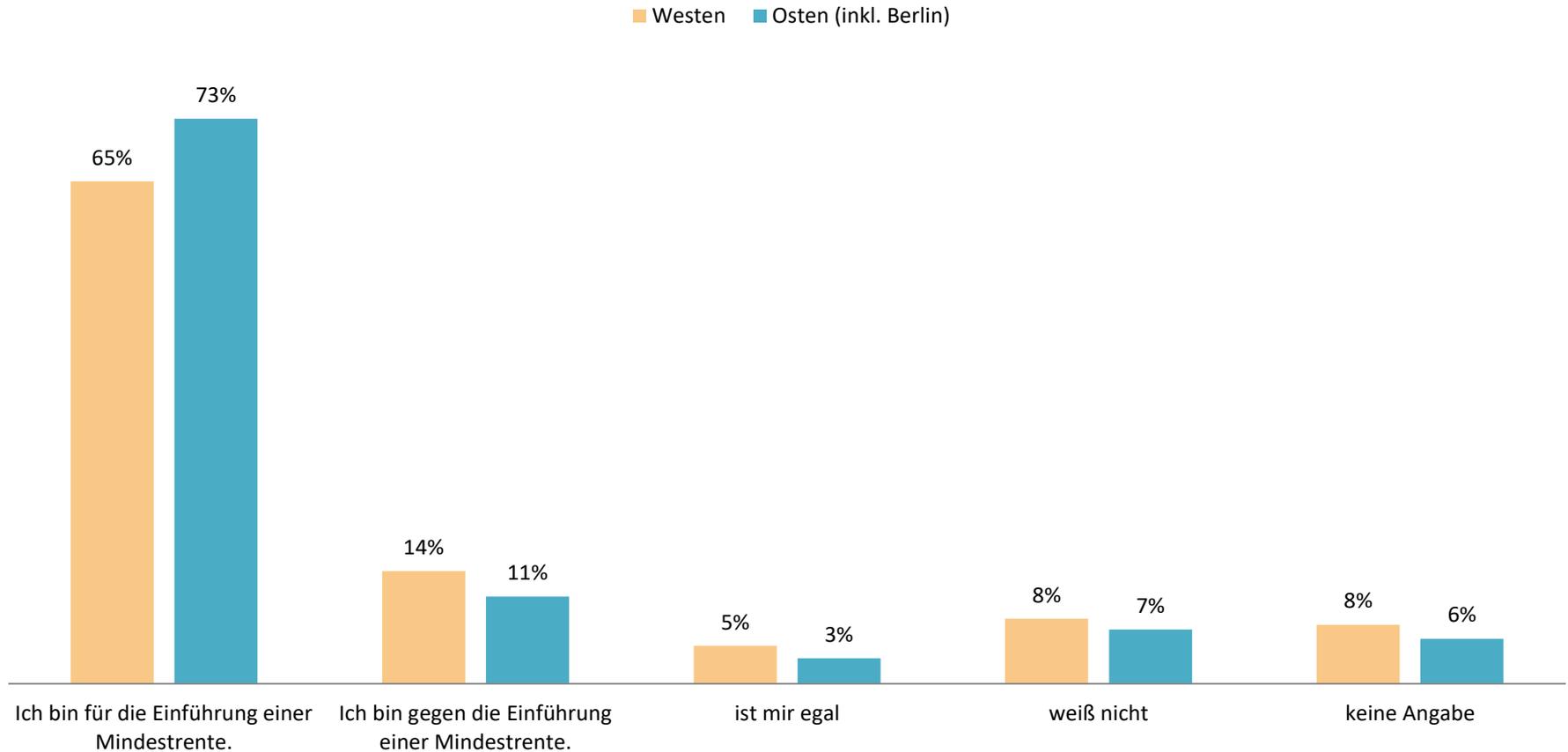
Zwei Drittel der Befragten (66 %) sind für die Einführung einer Mindestrente. 14 Prozent sind dagegen, fünf Prozent ist dies egal und acht Prozent wissen es nicht, ob sie dafür oder dagegen sind. Sieben Prozent der Befragten machen dazu keine Angabe.

Frage 2: Wie stehen Sie zu dieser Forderung?



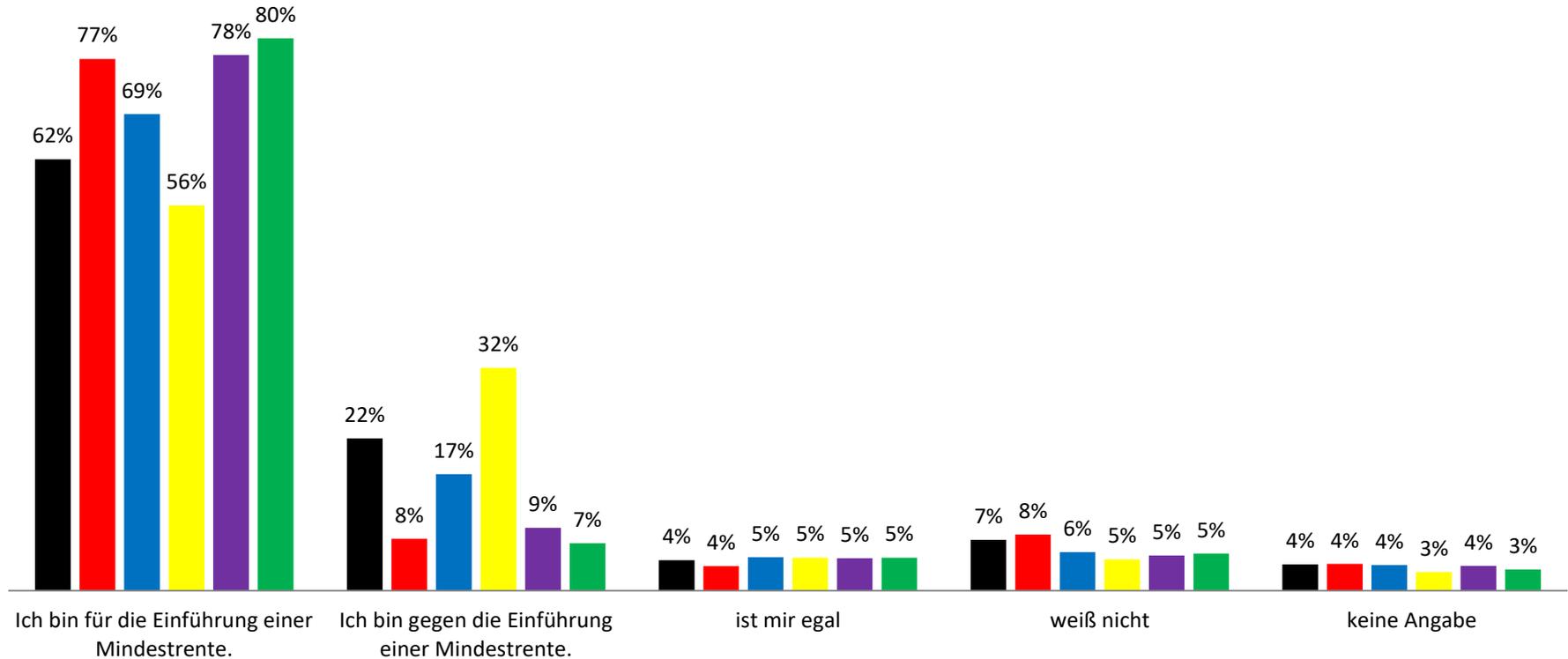
Mit dem Alter steigt auch die Zustimmung zur Einführung einer Mindestrente, in allen Altersgruppen ist eine Mehrheit dafür. Während 55 Prozent der 18- bis 24-Jährigen für die Einführung sind, steigt dieser Anteil kontinuierlich auf 72 Prozent der 55- bis 64-Jährigen und fällt dann wieder leicht ab auf 69 Prozent der ab 65-Jährigen. Auch hier machen die jüngeren Befragten deutlich häufiger keine Angabe.

Frage 2: Wie stehen Sie zu dieser Forderung?



Im Osten Deutschlands sind die Befragten etwas häufiger für die Einführung einer Mindestrente als im Westen Deutschlands (73 zu 65 %).

■ CDU/CSU ■ SPD ■ AfD ■ FDP ■ Die Linke ■ Bündnis 90/Die Grünen



Die Einführung einer Mindestrente wird von den Wählern aller Parteien mehrheitlich befürwortet. Die größte Befürwortung erhält die Mindestrente von den Grünen-Wählern (80 %), gefolgt von den Wählern der Linkspartei (78 %) sowie der SPD (77 %). Von den AfD-Wählern sind 69 Prozent dafür, bei den Union-Wählern liegt dieser Anteil bei 62 Prozent und 56 Prozent der FDP-Wähler stimmen dem ebenso zu. Bei den FDP-Wählern ist der Anteil an Befragten, welche die Einführung einer Mindestrente ablehnen deutlich am höchsten (32 %). 22 Prozent der Union-Wähler lehnen dies ebenso ab wie 17 Prozent der AfD-Wähler. Bei den restlichen Parteien liegt dieser Anteil zwischen sieben und neun Prozent.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

INSA-CONSULERE GmbH

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel.: 0361 380 395 70

Fax: 0361 644 311 1

Hinweise zu den Grafiken:

Auf Grund der Verwendung von gerundeten Zahlenangaben kann die Summe der Prozentzahlen unter Umständen geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Im Falle von Mehrfachantworten kann die Summe der Prozentzahlen erheblich von 100 Prozent abweichen.